verband binationaler
familien und partnerschaften

Bundesgeschäftsstelle
Ludolfusstraße 2–4
60487 Frankfurt | Main

Fon +49 69 / 71 37 56 -17
Fax +49 69 / 707 50 92

info@verband-binationaler.de
www.verband-binationaler.de

Pressemitteilung

13. September 2022

Wenn nicht jetzt, wann dann? 15 Jahre Sprachnachweis sind genug!

Im Koalitionsvertrag von 2021 haben die Regierungsparteien vereinbart, den Sprachnachweis vor Einreise im partnerschaftlichen Familiennachzug endlich zu streichen. In einem vom Verband binationaler Familien und Partnerschaften angestoßenen Aufruf erinnern zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen die Regierung nun an ihr Versprechen.

Die Regierungsparteien haben vor der parlamentarischen Sommerpause den Entwurf des „Chancen-Aufenthaltsgesetzes“ vorgelegt. Dieser sieht vor, den Sprachnachweis für zuziehende nachziehende Familienangehörige von Fachkräften vor Einreise zu streichen.
„Wir fragen uns, warum denn nicht gleich für alle? Warum werden die Paare und Familien im partnerschaftlichen Familiennachzug erneut übergangen? Hier könnten die Regierungsparteien ihr Versprechen doch auf ganzeinfache Art einlösen. Da genügt ein kleiner zusätzlicher Satz“, so Chrysovalantou Vangeltziki, Bundesgeschäftsführerin Verband binationaler Familien und Partnerschaften.

Der vor 15 Jahren eingeführte Sprachnachweis im Familiennachzug sollte Zwangsehen verhindern und die Integration fördern. „Es gibt bis heute keinen Nachweis, dass die ursprüngliche Absicht des Gesetzes auch nur ansatzweise erfüllt wurde. Dieser Sprachnachweis verhindert schlichtweg das gemeinsame Familienleben tausender Paare in Deutschland“, sagt Vangeltziki.

In 2021 bestanden, laut Regierungsaussage, über 10.000 Partner: innen nicht den Sprachnachweis und konnten somit nicht nach Deutschland einreisen. In den vorangegangenen Jahren waren die Zahlen ähnlich. In 67 Ländern gibt es überhaupt keine Möglichkeit einen zertifizierten Sprachnachweis zu erbringen.

„Auch diese Menschen sind potentielle Fachkräfte. Es wird wirklich Zeit, diese Ungleichbehandlung endlich aufzugeben. Jetzt haben die Regierungsparteien die Chance. Wenn nicht jetzt, wann dann?“, so Vangeltziki.

Kontakt für Rückfragen und weitere Informationen:
Chrysovalantou Vangeltziki, Bundesgeschäftsführerin
Tel.: 069 / 713756 -12, Mail: vangeltziki@verband-binationaler.de